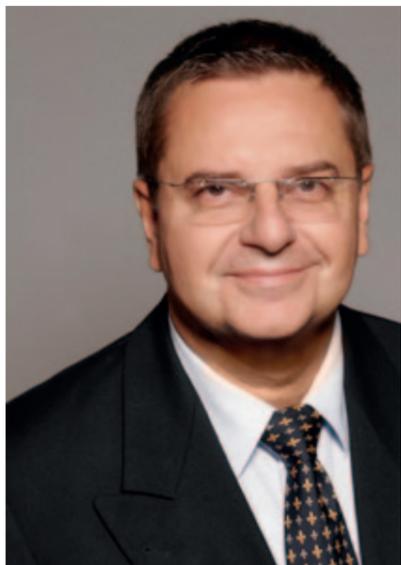


Rentenversicherung demographiefest ausgestalten



Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Stabilität der gesetzlichen Renten ist ein auskömmliches Beitragsaufkommen. Denn mit den Beiträgen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten werden die Rentenzahlungen an die jeweils ältere Generation finanziert („1. Hälfte des Generationenvertrags“).

„Die demographische Entwicklung in Deutschland gefährdet diese Voraussetzung aber zunehmend“, sagt Jürgen Presser, Vorsitzender der Kommission Sozialpolitik, „weil sich das Verhältnis von Leistungsempfängern zu Beitragszahlern ungünstig entwickelt. Zum Generationenvertrag gehört nämlich auch, dass die

Gesellschaft für ausreichend gut ausgebildeten Nachwuchs sorgt, um das Umlagesystem in der gesetzlichen Altersversorgung fortführen zu können („2. Hälfte des Generationenvertrags“). Deshalb wurden 2001 grundsätzlich die Abkehr von der Lebensstandardsicherung, die Absenkung des Versorgungsniveaus und dafür die Stabilisierung des Beitragssatzes beschlossen. Alle Varianten, die die gesetzliche Umlage im Versorgungsanspruch stärken, stellen den Paradigmenwechsel aus 2001 in Frage – es sei denn, man kündigt den Generationenkompromiss auf.

Die Rücknahme bereits eingeleiteter Reformen würde mittelfristig die gesetzlichen Beitragssatzziele gefährden und bereits kurzfristig Entlastungspotenzial für die Beitragszahler verspielen. „Um eine derart ungünstige Entwicklung zu vermeiden, ist es erforderlich, das Rentensystem demographiefester auszugestalten“, so Presser, „Dies ist unsere Pflicht im Sinne älterer, jüngerer und nachfolgender Generationen“. Deshalb bringt die Sozialkommission hierzu einen Antrag in die Bundesdelegiertenversammlung ein, um Vorschläge und Denkanstöße für das Regierungshandeln einer bürgerlichen Koalition aus CDU/CSU und FDP zu geben.

9. Bundesdelegiertenversammlung der MIT in Berlin

Starker Mittelstand – Starkes Deutschland



» Sie sind herzlich auf der 9. MIT-Bundesdelegiertenversammlung in Berlin willkommen. Melden Sie sich rechtzeitig an. «

6. und 7. November in Berlin

Alle 2 Jahre lädt die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU zu ihrer Bundesdelegiertenversammlung ein. Unter dem Motto:

„Starker Mittelstand – Starkes Deutschland“

erwarten Sie in diesem Jahr wieder über 600 Delegierte, 200 Gäste aus dem In- und Ausland sowie zahlreiche Vertreter der öffentlichen Medien.

Folgende Programmpunkte stehen u.a. auf der Agenda:

- » Rede der Bundeskanzlerin **Dr. Angela Merkel** MdB
- » Rede des Bundeswirtschaftsministers (angefragt)
- » Grußworte
 - **Frank Henkel** MdB (CDU Landes- und Fraktionsvorsitzender Berlin)
 - **Prof. Dr. Otto Wulff** (Bundesvorsitzender der SeniorenUnion)
 - **Philipp Mißfelder** MdB (Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands)
- » Neuwahlen des Bundesvorstandes
- » Beratung des Leitantes sowie weiterer Anträge
- » „20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer“
 - **Dr. h.c. Lothar de Maizière** (Erster und letzter freigeählter Ministerpräsident der DDR)
 - **Dr. Hubertus Knabe** (Leiter der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen)
- » „Berliner Abend“ mit Buffet und Rahmenprogramm

Ausführliche Informationen rund um die 9. MIT-Bundesdelegiertenversammlung:
www.mittelstand-deutschland.de/buko_2009



BERLIN

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU
 Bundesgeschäftsstelle
 Charitéstraße 5
 10117 Berlin
 Tel.: +49 30 22 07 98-0
 Fax: +49 30 22 07 98-22
www.mittelstand-deutschland.de

MIT - Bundesverband

ViSdP: Hans-Dieter Lehnen,
 Hauptgeschäftsführer der MIT
Kontakt
 Charitéstraße 5 • 10117 Berlin
 Telefon: 0 30 / 22 07 98-0
 Telefax: 0 30 / 22 07 98-22
 eMail: info@mittelstand-deutschland.de
www.mittelstand-deutschland.de

Fotos: MIT intern; Titelbilder oben v.l.n.r.: brandung3.de, iStockphoto/-yuri_arcurs/-ericphotography/-hidesy/-Snowleopard;
 Foto Seite 1: Katja-Julia Fischer,
 Fotos Seite 2+3: brandung3.de, Foto Seite 2 rechts: iStockphoto/sjloke



politik+++mittelstand+++information

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

MIT - News · 4. Ausgabe 2009

MIT positioniert sich mit 11 Kernforderungen

rungen an die Koalition aus CDU/CSU und FDP gestellt:
 Entlastung der Bürger und Betriebe durch eine Einkommensteuerreform gemäß den Prinzipien „einfach, niedrig, gerecht“, die Beseitigung der kalten Progression und eine klare Absage an Steuererhöhungen.

Entlastung des Mittelstands durch eine Korrektur der Unternehmens- und Erbschaftsteuerreform, die Abschaffung der Gewerbesteuer und Einführung einer wirtschaftsbezogenen kommunalen Unternehmenssteuer als reine Gewinnsteuer, die Verhinderung einer Kreditklemme im Mittelstand und die Überprüfung von Basel II auf seine prozyklische Wirkung.

Stärkung der Tarifautonomie und Ablehnung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns – stattdessen Mindesteinkommen als Kombination aus Lohn und staatlichen Ersatzleistungen.

Stabilisierung der Gesamtsozialversicherungsbeiträge dauerhaft unter 40 %, u.a. durch Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen in den Sozialsystemen.

Keine Aufweichung der Rente mit 67, keine Ausweitung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, Rücknahme der Eingriffe in die Rentenformel und flexiblere Gestaltung der steuerlichen Förderung privater Altersvorsorge.

Eine grundlegende Reform des Gesundheitssystems durch Rückkehr zur individuellen Beitragshoheit der

gesetzlichen Krankenkassen, die Zurückführung des Gesundheitsfonds, die Einführung einer Gesundheitsprämie und ein klares Bekenntnis zur leistungsfähigen privaten Krankenversicherung.

Schrittweise Umstellung der Umlagefinanzierung in der Pflegeversicherung auf Kapitaldeckung und Vorrang für Maßnahmen der Prävention und Rehabilitation vor Maßnahmen der Pflege.

Konsequente Fortsetzung des systematischen Bürokratieabbaus mit dem Netto-Abbauziel von 25 % aller nationalen Statistik- und Berichtspflichten bis 2011 als ersten Schritt.

Breiter Energiemix, Bündelung aller energiepolitischen Kompetenzen im neu zugeschnittenen Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie sowie eine Laufzeitverlängerung sicherer Kernkraftwerke.

Breiter Energiemix, Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durch eine konsequente Aufgabenkritik, die Konzentration des Staates auf seine Kernaufgaben und konsequente Einhaltung der vereinbarten Schuldenbremse.

Schaffung eines mittelstandsfreundlichen, ordnungspolitischen Rahmens für Finanzmarktgeschäfte und Finanzmarktprodukte auf nationaler und internationaler Ebene.

Das gesamte Forderungspapier finden Sie unter www.mittelstand-deutschland.de

MIT IN DEN MEDIEN

Missbrauch von Kurzarbeit

Der Vorsitzende der Unions-Mittelstandsvereinigung Josef Schlarmann gibt der Regierung die Schuld - sie hat die Hürden für die Unternehmen immer weiter gesenkt: „Man bekommt ohne weitere Voraussetzungen nach sechs Monaten auch die Sozialversicherungsbeiträge erstattet. Und schließlich sind auch die Prüfvoraussetzungen deutlich nach unten gezogen worden, so dass eigentlich ein leicht begründeter Antrag ausreicht, um Kurzarbeitergeld zu bekommen“, so Josef Schlarmann, CDU/CSU Vorsitzender Mittelstandsvereinigung. **16. August 2009 – WDR**

„Der Wahlkampf ist inhaltlich profillos!“

FTD: Ist der langweilige Bundestagswahlkampf von Angela Merkel mitverantwortlich für den Absturz der CDU in Thüringen und im Saarland?

Josef Schlarmann: Der bisherige Wahlkampf ist inhaltlich profillos. Frau Merkel hat ihre Kampagne nämlich vorrangig auf sich selbst zugeschnitten. Damit können die Ministerpräsidenten der Union auf Landesebene natürlich nicht punkten. Aufgrund der langen Regierungszeiten gibt es im Saarland und in Thüringen aber inzwischen auch deutliche Abnutzungserscheinungen. **31. August 2009 – Financial Times Deutschland**

Richtungswechsel muss in der Steuerpolitik beginnen

Frankfurter Rundschau: Reichen Korrekturen an einzelnen Stellen?

Schlarmann: Die Wähler wollten einen Kurswechsel. Es ging um Mitte-Links oder Mitte-Rechts. Die Mehrheit hat sich für Mitte-Rechts entschieden. Damit ist die Erwartung verbunden, dass wir eine andere Politik bekommen.

Frankfurter Rundschau: Wo ist der Reformbedarf am größten?

Schlarmann: Der Richtungswechsel muss in der Steuerpolitik beginnen. Wir brauchen eine Steuerstrukturreform. Die große Koalition hat eine verunglückte Unternehmensteuerreform und eine verunglückte Erbschaftsteuerreform hingelegt. Da müssen wir nachbessern, um die produktiven Kräfte in der Wirtschaft zu stärken. Und wir müssen uns bei den Staats- und Sozialausgaben am Riemen reißen. Da wachsen die Bäume nicht in den Himmel.

2. Oktober 2009 – Frankfurter Rundschau

MIT gründet Internationale Kommission

Seit der MIT-Delegationsreise im März 2009 nach Togo besteht zwischen der MIT und der togolesischen CAR-Partei eine Partnerschaft. Ziel der CAR-Partei ist, auf friedlichem Wege Demokratie und die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft in Togo zu etablieren. Hartmut Schauer, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und stellvertretender Bundesvorsitzender der MIT, hat nun Kokon Dodji Apevon, Vorsitzender der CAR-Partei, sowie Koffi Jean Joel Kissi, Generalsekretär der CAR-Partei in Berlin empfangen. Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung, organisiert von der MIT, besuchten die westafrikanischen Politiker Berlin, Hamburg, Düsseldorf und Bonn.

Während der Reise trat erstmalig die Internationale Kommission der MIT



unter dem Vorsitz von Frank Grottel zusammen. Im Fokus der ersten Sitzung stand die Verabschiedung des Positionspapiers „Ordnungspolitische Grundlagen der Entwicklungspolitik“, in dem die MIT die Auffassung vertritt, dass sich die Entwicklungspolitik des „Nordens“ zukünftig noch stärker an den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft orientieren muss.

Kommission Energie und Umwelt besucht Gorleben

Jahrelang hat die MIT-Kommission Energie und Umwelt über das Thema Kernenergie debattiert. Jetzt wollten die Mitglieder der Kommission sich an Ort und Stelle davon überzeugen, ob Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle geeignet ist. Deswegen wurde die letzte Sitzung der Amtszeit nach Gorleben verlegt. Und Gorleben ist geeignet! Erst wenn man in Gorleben war, kann man beurteilen, was bereits alles auf dem Gebiet der Endlagerung erforscht ist und was jetzt seit fast zehn Jahren brach liegt. Das hat Rot-Grün zu verantworten. An den restlichen Fragen der Endlagerung wird seit dem Moratorium von Rot-Grün im Jahr 2000 nicht mehr gearbeitet. Gorleben ist heute nichts anderes als ein „Erlebnispark“, der 20 Millionen Euro Unterhaltskosten im Jahr verursacht. Radioaktive Abfälle werden dort lediglich zwischengelagert. „Die



Kernkraftgegner haben offensichtlich kein Interesse an der Lösung des Problems der Endlagerung, weil sie fürchten, dass im Falle eines positiven Ergebnisses dem Neubau von weiteren Atomkraftwerken nichts mehr im Wege steht“, meinte Dieter Bischoff, Vorsitzender der Kommission Energie und Umwelt.

MIT und CDA gemeinsam für die Soziale Marktwirtschaft

Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat die Systemkritik neu belebt. Manche Kritiker sehen gar in der Sozialen Marktwirtschaft die Ursache der Krise. Es wird jedoch verkannt, dass nicht das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft Grund der Krisensituation ist. „Vielmehr ist gerade die Verletzung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft für die Krise verantwortlich“, so MIT-Vorsitzender Josef Schlarmann und CDA-Chef Karl-Josef Laumann in einer gemeinsamen Stellungnahme.

Finanzkrise und weltweite Rezession sind auch heute keine Argumente gegen die Soziale Marktwirtschaft. Vielmehr führt die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise der Politik vor Augen, wie bedeutsam die Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft für unser Land ist. Unter der Voraussetzung funktionsfähiger Märkte ist der Wettbewerb unter den Marktteilnehmern nach wie vor der beste Mechanismus, um Fehlentwicklungen zu vermeiden. Ebenso klar ist jedoch auch, dass eine funktionierende Marktwirtschaft einen Staat braucht, der Rahmenbedingungen schafft und deren Einhaltung überwacht, Verstöße ahndet und unterbindet, Vertragsfreiheit und Privateigentum sichert, Märkte offen hält und Haftung einfordert. Gesellschaftliche Akzeptanz findet die Marktwirtschaft schließlich nur, wenn letztlich alle an ihrer Wohlstandssteigernden Wirkung teilhaben und gesellschaftliche Gerechtigkeitsvorstellungen nicht verletzt werden. Diese Anforderungen an staatliches Handeln beschreiben, zusammengenommen, das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Die CDA und die MIT bekräftigen ihr klares Bekenntnis zum Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft. Sie appellieren an alle politischen Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft, sich gerade auch in Krisenzeiten am Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft zu orientieren. Soziale Marktwirtschaft braucht beides: einen passenden Ordnungsrahmen

und verantwortliches Handeln der einzelnen Akteure.

Was Müller-Armack sowie andere erfanden und Ludwig Erhard so erfolgreich umsetzte, kann mit einer berühmt gewordenen Kurzformel zutreffend und sehr prägnant zusammengefasst werden. „Sinn der sozialen Marktwirtschaft ist es, das Prinzip der Freiheit des Marktes mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden.“ So schlicht die Aussage auch klingen mag, sie ist keineswegs banal. Denn sie ist mit dem Fundament eines wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Programms unterlegt, das in seiner Ausgestaltung nicht beliebig oder gar fixiert ist, aber dennoch immer wieder neu angepasst werden muss. Die Soziale Marktwirtschaft

ist lebendig, muss vital bleiben und sich trotz aller Entwicklungen durchsetzen.

Vom Vater der Sozialen Marktwirtschaft lernen

Freiheit, Selbstverantwortung und persönliche Initiative bei der Berufswahl, Erwerbstätigkeit und dem Konsum, die jedem als Produzenten und als Verbraucher die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Chancen eröffnen, sowie eine leistungsbedingte Einkommensverteilung sind die Antriebskräfte, die in der Marktwirtschaft zu einem Höchstmass an Produktion und einer Steigerung des Wohlstands der gesamten Bevölkerung führen. Die Marktwirtschaft ist damit diejenige Wirtschaftsordnung, die ein Maximum an Produktivität, Wohlstandsmehrung und persönlicher Freiheit verbindet. (S. 461 Gafj)

Sie (die Sozialdemokratie) ist in sich gespalten und kann in den entscheidenden Fragen der Wirtschaftspolitik nichts sagen, weil überhaupt keine zwei Teile da sind, die gleicher Meinung sind. (S. 200 Gafj)

Eine Partei, die in sich geistig und sittlich fest gefügt ist, erliegt nicht der Versuchung, nach der Devise der Konfektionsbranche: „Jede Saison was Neues“ zu handeln! (S. 979 Gafj)

Die CDU/CSU braucht sich der Früchte ihrer Politik vor dem deutschen Volk wahrlich nicht zu schämen. Dessen möchten manche Kleingläubige auch aus unseren eigenen Reihen eingedenk sein, wenn sie dann und wann Unmut, Unbehagen oder Unsicherheit zu befallen droht. (S. 608 Gafj)



BESTELL-COUPON

„Der Ludwig-Erhard-Zitatenschatz“
Taschenbuch, 384 Seiten für 5,90 Euro
inkl. Mehrwertsteuer zzgl. Versand
eMail an: kontakt@mit-werbemittel.de
oder Fax: 030/70 22 02 05

NAME

ANSCHRIFT

PLZ/ORT

TEL/FAX